



## Niederschrift 27. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 22.03.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder	CDU	Leitung der Sitzung
-----------------------	-----	---------------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Olga Schummel	DIE LINKE	Teilnahme bis 20:15 Uhr
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	Teilnahme ab 17:40 Uhr

#### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Teilnahme für Herrn Wollenberg
Herr Volker Klamke	SPD	Teilnahme für Frau Michalske- Acioglu bis 20:30 Uhr

#### sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU	Teilnahme bis 19:00 Uhr
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	
Herr Florian Engels	SPD	
Frau Kathleen Krause	SPD	Teilnahme bis 18:15 Uhr
Frau Beate Kruczek	FDP	Teilnahme ab 17:55 Uhr
Frau Inge Stab	Grüne/B90	
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	

#### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

#### Gast

Herr Torsten Gessner  
Frau Dr. Roswitha Voigtländer

BL Sport  
FB Öff. Weiterbildung

**Nicht anwesend sind:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Stefan Wollenberg  
Frau Anke Michalske-Acioglu

DIE LINKE  
SPD

entschuldigt  
entschuldigt

**sachkundige Einwohner**

Herr Frank Prinz-Schubert  
Herr Sven Stolpe

Die Andere  
DIE LINKE

nicht anwesend  
entschuldigt

**Schriftführer/in:**

Frau Wildgrube, Gudrun, Fachbereich Schule und Sport

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.02.2011 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Vorstellung der Schulleiterin der Voltaire-Gesamtschule
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Errichtung eines Gymnasiums am Standort Ernst-Haeckel-Straße 1. Schritt:  
Errichtung einer Filiale des Einstein-Gymnasiums zum Schuljahr 2011/2012  
Vorlage: 11/SVV/0006  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: 11/SVV/0025  
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4.2.1 Kostenloses Schulessen  
Vorlage: 10/SVV/0778  
Fraktion DIE LINKE
- 4.2.2 Ermäßigtes bzw. kostenfreies Schulessen für die sogenannte "Werkstufe" der  
Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt

- Vorlage: 10/SVV/0863  
Fraktionen SPD, FDP
- 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014  
Vorlage: 11/SVV/0037  
Zentrale Steuerungsunterstützung
- 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012  
Vorlage: 11/SVV/0026  
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2011  
Vorlage: 11/SVV/0034  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
- 4.6 Haushaltsbegleitender Beschluss H 7, Sanierungsbedarf Schulen, Kitas,  
Turnhallen 2014 ff  
Vorlage: 11/SVV/0114  
Kommunaler Immobilienservice
- 4.7 Erhalt der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee  
Vorlage: 11/SVV/0095  
Fraktion DIE LINKE
- 4.8 Turnhalle Kurfürstenstraße  
Vorlage: 11/SVV/0046  
Kommunaler Immobilienservice
- 4.9 Gebührensatzung der Musikschule der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 11/SVV/0123  
Oberbürgermeister, Musikschule
- 4.10 Kommunal finanzierter Lehrersatzpool  
Vorlage: 11/SVV/0118  
Fraktion FDP
- 4.11 Rechte von Kindern  
Vorlage: 11/SVV/0129  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 4.12 Schulsozialarbeiter  
Vorlage: 11/SVV/0122  
Fraktion DIE LINKE
- 4.13 Weiterführende Schule im Bornstedter Feld  
Vorlage: 11/SVV/0173  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

**Frau Dr. Orlowski** teilt mit, dass sich Herr Schröder noch in der Haushaltsberatung befindet und eröffnet die Sitzung.

**zu 2      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.02.2011 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt.

**Frau Dr. Orlowski** stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und fragt, ob es Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 22.02.2011 gibt.

Das ist nicht der Fall.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung am 22.02.2011 in der vorliegenden Fassung zu.**

**Abstimmungsergebnis:** keine Gegenstimmen

**zu 3      Vorstellung der Schulleiterin der Voltaire-Gesamtschule**

Im Vorfeld der Sitzung findet eine Schülerdemonstration der Voltaire-Gesamtschule statt. Aus aktuellem Anlass stellt **Frau Dr. Orlowski** den Antrag, Herrn Carow als Elternsprecher und Mia Wätzel als Schülersprecherin, Rederecht zu erteilen.

Dagegen gibt es keine Einwände.

**Frau Karin Pölk** erhält das Wort und stellt sich als neue Schulleiterin der Voltaire-Gesamtschule vor. Sie stellt das Schulkonzept der Schule vor und geht auf die Schülerdemonstration ein. Auf Grund der Übernachfrage in der Jahrgangsstufe 7 sei von der Verwaltung die Errichtung einer Filiale in der Haeckel-Straße beabsichtigt. Diese Lösung werde seitens der Schule abgelehnt. Da die Filiale drei Kilometer vom Haupthaus entfernt ist, sei ein fächer- und jahrgangsübergreifendes Teamlernen nicht möglich. Planmäßig nehme die Schule vier 7. Klassen und eine LuBK auf. Die Filiallösung hätte eine 8-Zügigkeit zur Folge. Die Filiale hätte mit dem Schulalltag der Voltaireschule eigentlich nichts mehr zu tun. Für sie komme maximal eine Containerlösung auf dem Schulhof der Voltaireschule in Frage, um eine weitere Klasse aufzunehmen. Die Voltaireschule sei bereit, fünf neue 7. Klassen aufzunehmen und die Gründung einer neuen Gesamtschule zu unterstützen. Damit würde die Schule im nächsten Schuljahr 6-zügig laufen.

Ab 17.40 Uhr übernimmt Herr Schröder die Leitung der Sitzung.

**Herr Carow** erklärt, dass die Demonstration ein Zeichen großer Verunsicherung der Schüler und Eltern sei. Man sei bereit bei der Gründung einer neuen Gesamtschule zu unterstützen. Alle anderen Maßnahmen werden die Eltern mit allen juristischen Mitteln zu verhindern wissen.

**Herr Schröder** begrüßt die Bereitschaft, Kompromisse zu suchen und Mitwirkung anzubieten.

**Mia Wetzel** verliest den Brief der Schülerschaft und übergibt ihn zusammen mit einer Unterschriftenliste an Frau Dr. Magdowski.

**Frau Schulze** erklärt, dass die Irritation entstanden sei, weil es zu wenig Gesamtschulplätze gebe, obwohl im Zuge der Schulentwicklungsplanung immer darum gerungen wurde. Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.03.2011 zu DS 11/SVV/0188 habe man eine Beschlusslage der Fraktionen CDU/ANW und SPD. Danach sei zu prüfen, ob ein Filialstandort am Standort Haeckel-Straße möglich ist. Alternativ ist die Errichtung einer neuen Gesamtschule an diesem Standort vorzunehmen. Sie möchte wissen, ob die Errichtung einer Gesamtschule in der Haeckel-Straße möglich sei.

**Frau Dr. Orlowski** erklärt, dass es nicht nur ein Prüfauftrag, sondern eine klare Forderung gebe. Alternativ ist an diesem Standort eine neue Gesamtschule einzurichten, weil sich die Errichtung einer weiterführenden Schule im Potsdamer Norden hinziehe. Sie sei unzufrieden mit der Informationspolitik des Schulträgers. Da es gegen die Filiallösung Widerstände seitens der Voltaireschule gebe, sollte das Ziel die Errichtung einer eigenständigen Gesamtschule zum Schuljahr 2011/12 sein. Schulträger und Staatliches Schulamt sollten sich dahingehend mit der Schulkonferenz zusammensetzen und informieren.

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass man sich nach Erhalt der Informationen zum Auswahlverfahren mit Vertretern der Voltaireschule und der Schulkonferenz zusammengesetzt habe. Am 24.03.2011 werde es ein weiteres Gespräch geben. Eltern sollten mit ihren Wünschen ernst genommen werden, insofern sei auch eine Korrektur der Schulentwicklungsplanung angezeigt. Aber sie möchte auch diejenigen in Schutz nehmen, die die Schulentwicklungsplanung gemacht haben. In Potsdamer weiterführenden Schulen habe man 30 Prozent Schüler aus dem Umland, d.h. die Übergangsquote von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen betrage 125 Prozent.

**Herr Dörnbrack** erläutert, dass man zum Ü 7-Verfahren bestimmte Tatsachen festgestellt habe und noch in der Diskussion sei. Nach jetzigem Überblick habe man in Potsdam mit dem Gymnasium in Babelsberg ausreichende Kapazitäten bei Gymnasien. An Oberschulen seien 90 Plätze frei. Ca. 200 Schüler, die in eine Gesamtschule wollen, können zur Zeit nicht bedient werden. Das Schulamt übe eine beratende Funktion aus. Die Entscheidung habe der Schulträger zu treffen. Bisher gebe es verschiedene Varianten, aber noch kein Ergebnis. Man müsse sehen, wie man die Beschulung von drei Klassen organisieren könne. Wenn eine neue Gesamtschule gewollt sei, ist das Staatliche Schulamt bereit, das zu unterstützen. Allerdings brauche man dafür mindestens ein Jahr Vorlauf.

**Herr Menzel** vertritt die Auffassung, dass an der die Voltaire-Gesamtschule noch Platz sei um die Klassen aufzunehmen. Im aktuellen Schulentwicklungsplan habe

die Schule 1080 Plätze, auf der aktuellen Seite der Schulporträts seien 810 Plätze angegeben.

**Frau Pölk** erklärt, dass die Schule im Schuljahr 2011 bereits 970 Schüler haben werde, ohne die Klasse, die man im Container aufnehmen könnte.

**Frau Engel-Fürstberger** spricht sich dafür aus, das Angebot der Voltaireschule zu übernehmen. Sie möchte wissen, warum man den Standort für eine neue Gesamtschule nicht zu diesem Schuljahr schaffen könne.

**Herr Dörnbrack** verweist auf die Erfahrungen mit der Goethe-Schule. Wenn man Erfolg haben wolle, müsse das personell und inhaltlich gut vorbereitet werden. Dafür brauche man ca. ein Jahr. Außerdem befinde man sich im laufenden Ü 7-Verfahren. Das Staatliche Schulamt könne erst Schüler, die im Erst- und Zweitwunsch nicht versorgt seien, zuweisen. Das wäre ein schlechter Start für eine neue Schule.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass Herr Rosenau im letzten Jahr darauf hingewiesen habe, dass man im Bereich Gesamtschule etwas tun müsse. Eine Standortentscheidung sei schwierig. Die Stadt habe freie Kapazitäten am Schilfhof. Der Standort Schilfhof sei politisch nicht ausdiskutiert. Der Standort Potsdamer Norden werde gerade geprüft. Die Frage sei, wie man die Übergangszeit überbrücke.

**Frau Frevert** gibt zu bedenken, dass Schüler, die von Gesamtschulen abgelehnt werden, zum großen Teil keine AHR-Empfehlung hätten, so dass der Übergang in Klasse 11 später nicht gesichert sei. Das bedeutet, man habe nicht das Schülerpotential, um eine Abiturstufe aufzubauen. Sie bezweifelt, dass das Ministerium der Errichtung einer Gesamtschule ohne Abiturstufe zustimmen werde.

**Herr Schröder** bemerkt, dass der Schulentwicklungsplan aus diesem Grund am Schilfhof eine Oberschule vorsehe.

**Frau Schulze** möchte wissen, wie die Verwaltung mit dem Beschluss 11/SVV/0188 umgehe. Sie bittet darum, dass die Zahlen des Ü 7-Verfahrens den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass man den Auftrag habe, die Schüler zu versorgen. Man werde sich zu dem Kompromissvorschlag der Voltaire-Gesamtschule verständigen. Die Gespräche seien noch nicht abgeschlossen. Sie schlägt vor, das Ü 7-verfahren abzuwarten.

**Frau Dr. Orlowski** bittet darum, die Bedenken von Frau Frevert aufzugreifen und genau zu schauen, wie die Empfehlungen der Schüler aussehen. Sie fragt, ob sich das Schulamt vorstellen könne, der Voltaireschule Anrechnungs- oder Abminderungsstunden zu geben, um in diesem Jahr eine Schulgründung zu schaffen.

**Herr Dörnbrack** erklärt, dass es vorstellbar sei, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, wenn die Schule neu gegründet werde. Garantieren könne er das nicht.

**Frau Engel-Fürstberger** spricht sich auch für eine Ausnahmeregelung durch das Staatliche Schulamt für das Schuljahr 2011/12 aus.

**Herr Schröder** erklärt, dass man bereits die Diskussion zu TOP 4.1 führe. Er schlägt vor, das Ü 7-Verfahren abzuwarten und das Thema dann erneut im Ausschuss zu behandeln.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

**Herr Menzel** schlägt vor, die Schiebetür in der Mensa zu öffnen, um das Essen der Schüler im Nebenraum der Aula zu ermöglichen.

**Herr Schröder** schließt den TOP ab.

#### zu 4      **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### zu 4.1      **Errichtung eines Gymnasiums am Standort Ernst-Haeckel-Straße 1. Schritt: Errichtung einer Filiale des Einstein-Gymnasiums zum Schuljahr 2011/2012 Vorlage: 11/SVV/0006**

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

**Herr Schröder** verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 02.03.2011 zur DS 11/SVV/0188. Damit sei der Prüfauftrag beschlossen. Er schlägt vor, das Ergebnis des Ü 7-Verfahrens abzuwarten, die Prüfung durchzuführen und dann über den Gesamtschulstandort zu entscheiden.

**Frau Dr. Orlowski** erklärt, dass es eine Beschlusslage gebe und die Verwaltungsvorlage zurückgezogen werden könne.

**Frau Dr. Magdowski** zieht die Vorlage der Verwaltung zurück.

**Die Vorlage wird durch die Verwaltung zurückgezogen.**

##### zu 4.2      **Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011**

**Vorlage: 11/SVV/0025**

Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

**Herr Schröder** fragt, ob es Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Haushaltssatzung gibt. Da das nicht der Fall ist, bittet er um Abstimmung.

**Frau Schulze** merkt an, dass sie sich eine Diskussion über die Veränderungen von 2010 zu 2011 vermisste.

**Herr Weiberlenn** informiert, dass die Veränderungen von 2010 nach 2011 in

Vorbereitung der Sitzung in Listenform dargestellt und an alle Ausschussmitglieder ausgereicht wurden.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011 in der vorliegenden Form zu beschließen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 4

**zu 4.2.1 Kostenloses Schulessen**

**Vorlage: 10/SVV/0778**

Fraktion DIE LINKE

**Frau Schulze** erklärt, dass nach Beschlusslage der Haushaltsberatungen und unter Berücksichtigung eventueller Anträge aus der Haushaltsdiskussion der Antrag 10/SVV/0778 durch den Antragsteller bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen zurückgestellt wird.

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass ihr dazu die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Bundestagsabgeordneten Frau Wicklein vorliege.

**Frau Dr. Orlowski** spricht sich dafür aus, die Anträge zum Schulessen durch die Antragsteller zurückzustellen, da der Gesetzentwurf noch nicht durch den Bundespräsidenten unterschrieben sei.

**Der Antrag wird zurückgestellt.**

**zu 4.2.2 Ermäßigtes bzw. kostenfreies Schulessen für die sogenannte "Werkstufe" der Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt**

**Vorlage: 10/SVV/0863**

Fraktionen SPD, FDP

**Frau Dr. Orlowski** und **Frau Engel-Fürstberger** erklären, dass der Antrag durch die Antragsteller zurückgestellt wird.

**Der Antrag wird zurückgestellt.**



**zu 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014**

**Vorlage: 11/SVV/0037**

Zentrale Steuerungsunterstützung

**Herr Schröder** bittet darum Fragen zum HSK zu stellen.

**Herr Menzel** erklärt, dass es keine Defizite im Haushalt gebe und fragt, ob ein HSK nötig sei.

**Frau Schulze** stellt Nachfragen zu einzelnen Positionen, die durch die anwesenden Vertreter der Verwaltung beantwortet werden.

**Herr Schröder** merkt an, dass in diesem Jahr das HSK nicht nötig wäre, da man keinen defizitären Haushalt habe. Dieses HSK sei freiwillig, sollte aber ernst genommen werden. Nach den Abschlüssen der Jahre 2009 und 2010 werde man sehen, ob der Haushalt weiterhin genehmigungsfrei sein werde.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, das Haushaltssicherungskonzept 2011 – 2014 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2011 zu beschließen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 4

**zu 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012**

**Vorlage: 11/SVV/0026**

Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

**Frau Schulze** stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, den Eckwertebeschluss für 2012 durch den Bildungsausschuss zur Kenntnis zu nehmen.

**Herr Schröder** spricht für den Geschäftsordnungsantrag.

**Frau Engel-Fürstberger** spricht sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus. Aus ihrer Sicht sei die Vorlage abzulehnen.

**Herr Schröder** lässt den Geschäftsordnungsantrag von Frau Schulze abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 1

Der Geschäftsordnungsantrag ist abgelehnt.

**Herr Schröder** lässt die Vorlage abstimmen.

Frau Schummel befand sich zur Zeit der Abstimmung nicht im Raum.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012 zu beschließen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3  
Ablehnung: 3  
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2011**

**Vorlage: 11/SVV/0034**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

**Herr Schröder** bittet um die Zusage, die im Haushalt 2011 entzogenen 400 T€ für die Sanierung der Fontane-Oberschule 2013 wieder zuzuführen.

**Herr Richter** kann diese Zusage nicht geben, weil die Stadtverordneten über die Aufteilung des Maßnamepaketes entscheiden.

**Herr Schröder** verweist auf den sich bereits im Geschäftsgang befindlichen Änderungs-/Ergänzungsantrag zur DS 11/SVV/0034 der Fraktion CDU/ANW und bittet um Abstimmung der geänderten Vorlage.

Frau Schummel befand sich zur Zeit der Abstimmung nicht im Raum.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2011 mit folgender Ergänzung zu beschließen:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Investitionsplan (S. 29) in 2013 die im Haushalt 2011 entzogenen 400 T€ für die Sanierung der Fontane-Oberschule wieder zurückzuführen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 4.6 Haushaltsbegleitender Beschluss H 7, Sanierungsbedarf Schulen, Kitas, Turnhallen 2014 ff**

**Vorlage: 11/SVV/0114**

Kommunaler Immobilienservice

**Herr Richter** erläutert, dass die Verwaltung vorschlägt, 2013/2014 die Investitionen für die Sparte Bildung um jeweils 500 T€ zu erhöhen. Weiterhin

werde vorgeschlagen, ab 2015 50 Prozent der verfügbaren Investitionen Schlüsselzuweisungen für Bildungsinvestitionen zu verwenden. Dies solle mit Kreditaufnahmen des KIS ergänzt werden. Das heiße, dass für alle anderen Investitionen nur 8 Mio. € zur Verfügung stehen und keine weitere Entschuldung passiere. Nur dadurch werde es möglich, weitere Investitionen im Bereich Bildung durchzuführen.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zur vorliegenden Mitteilungsvorlage.

**Herr Schröder** schlagt vor, die Behandlung der TOP 4.10 und 4.11 vorzuziehen, weil zu diesen Punkten Gäste mit beantragten Rederechten anwesend seien und anschließend entsprechend der Tagesordnung zu verfahren.

Es gibt keine Gegenstimmen gegen die vorgeschlagene Verfahrensweise.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den haushaltsbegleitenden Beschluss H 7, Sanierungsbedarf Schulen, Kitas Turnhallen 2014 ff zur Kenntnis.**

#### zu 4.7 **Erhalt der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee**

**Vorlage: 11/SVV/0095**

Fraktion DIE LINKE

**Frau Schulze** bringt den Antrag ein. Trotz Neubau der Mehrzweckhalle am Luftschiffhafen zeigten sich Defizite für Breiten- und Leistungssport auf. Sie möchte wissen, was passiere, wenn der Erhalt der Turnhalle Heinrich-Mann-Allee nicht möglich sei und welche Auswirkungen das auf Breiten- und Leistungssport habe.

**Herr Gessner** erklärt, dass der Fachbereich Schule und Sport am Erhalt der Halle interessiert sei. Die Halle, mit seinen 968 m<sup>2</sup> Netto - sportliche Nutzfläche, werde zur Absicherung des Schulsportes am Humboldt-Gymnasium benötigt, für das ein 4-zügiger Ausbau vorgesehen sei. Die Sporthalle werde auch nach Neubau der Mehrzweckhalle am Luftschiffhafen für Schul- und Vereinssport sowie für Wettkämpfe benötigt. Man sehe die Notwendigkeit des Erhalts an diesem Standort.

**Herr Richter** informiert, dass eine Diskussion bezüglich Abriss in der Verwaltung derzeit nicht stattfinde. Im Wirtschaftsplan KIS seien 200 T€ für Brandschutzmaßnahmen vorgesehen. Bestandteil des PP-Verfahrens sei die Sporthalle nicht. PP umfasse die Außenanlagen und den Erweiterungsbau des Humboldt-Gymnasiums. Für den Schulsport seien 968 m<sup>2</sup> plus Nebenfläche, insgesamt 1368 m<sup>2</sup>, erforderlich. Man habe aber in der jetzigen Halle 2808 m<sup>2</sup> zur Verfügung, weit mehr, als für den Schulsport notwendig seien. Eine Kreditgenehmigung könne nur in Aussicht gestellt werden, wenn es sich tatsächlich um unabweisbare Investitionen handle. Die Kommunalaufsicht werde den Vereinssport sicher nicht als unabweisbar ansehen. Der Bedarf für eine Sanierung liege weit über dem Bedarf für einen Neubau. Eine Sanierung könnte frühestens ab 2018 erfolgen. Man werde die Sporthalle nicht schließen, sondern versuchen, sie mit kleinteiligen Maßnahmen am Leben zu erhalten.

**Herr Gessner** erklärt, dass die sportliche Nutzfläche mit 968 m<sup>2</sup> genau den Vorgaben des Fachministeriums für das benachbarte Gymnasium entspreche. Lediglich die Nebenflächen seien seiner Zeit wegen der Zuschauerfunktion etwas größer ausgelegt worden. Diese vorhandenen Zuschauerplätze oder wenigstens 199 (wegen der Stützpfeiler) werden in der Stadt für niederschwellige/kleinere Veranstaltungen/Turniere von Schulen und Vereinen weiterhin benötigt. Die neue Mehrzweckhalle sei mit Veranstaltungen/Spielen der 1. und 2. Ligen verschiedener Sportarten und sonstigen größeren Events ausgelastet und wäre auch für kleinteilige Maßnahmen zu groß. In der Stadt gebe es sonst keine weitere Halle mit Zuschauerplätzen.

**Herr Schröder** bittet zu verinnerlichen, dass die Sporthalle stehen bleibt.

**Herr Engels** fragt nach den Kosten für eine Turnhalle eines 2 bis 4-zügigen Gymnasiums.

**Herr Richter** erklärt, dass diese unter 3 Mio. € (ca. 2,6 Mio. €) lägen. Die Sanierung dieser Sporthalle läge deutlich über 3 Mio. €. Deshalb sei davon auszugehen, dass die Kommunalaufsicht bis 2018 keine Mittel für eine nicht pflichtige Maßnahme bewilligen werde.

**Herr Schröder** merkt an, dass hierbei z. B. der Abriss der alten Halle noch nicht berücksichtigt sei.

**Frau Schummel** möchte die Größenangaben für den Turnhallenneubau für ein Gymnasium wissen. Sie habe Bedenken, dass eventuell im Neubau der Vereinssport nicht mehr möglich sein werde, weil die Kapazitäten nicht mehr vorhanden sein werden.

**Herr Richter** informiert, dass das 968 m<sup>2</sup> plus 400 m<sup>2</sup> Nebenfläche seien.

**Frau Schulze** stellt den **Ergänzungsantrag**.

Der Stadtverordnetenversammlung ist ein Stufenplan einer möglichen Sanierung im September 2011 vorzulegen.

**Herr Richter** erklärt, dass er diesen nicht vorlegen könne.

Nach weiterer Diskussion der Ausschussmitglieder zieht Frau Schulze den Ergänzungsantrag zurück.

**Herr Schröder** erklärt, dass es nicht realistisch sei, einen Ersatzbau zu schaffen. Es gebe neben dem Problem, dass der Vereinssport in einer neuen Turnhalle in der jetzigen Form nicht mehr gewährleistet werden könne, das Problem, dass man die Schule im Potsdamer Norden aus eigenen Mitteln bauen wolle. Es sei vernünftig, notwendige Instandsetzungsarbeiten an der Sporthalle vorzunehmen und über einen Neubau nachzudenken, wenn wieder Geld da sei.

**Frau Schulze** möchte eine geänderte Formulierung mit der Fraktion besprechen und stellt den Antrag zurück.

**Herr Schröder** ergänzt, dass in der Sporthalle Vereinssport stattfindet, für den es derzeit keine Ersatzsportstätte gebe.

**Herr Richter** informiert, dass die Entwicklung des Gymnasiums und der Turnhalle losgelöst von der Verlagerung der Tennisplätze zu betrachten sei. Zur

Zeit gebe es Verhandlungen mit dem Tennisclub Rot-Weiß und Gespräche mit denen, die gegebenenfalls Alternativflächen zur Verfügung stellen. Der Ersatz für die Rollsportfläche sei Bestandteil der Ausschreibung zum ÖPP-Verfahren.

**Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgestellt.**

**zu 4.8 Turnhalle Kurfürstenstraße**

**Vorlage: 11/SVV/0046**

Kommunaler Immobilienservice

**Herr Richter** informiert, dass die Turnhalle Kurfürstenstraße langfristig wirtschaftlich nicht zu erhalten sei. Langfristig sei es vernünftiger, einen Ersatzbau zu errichten und den Bestand zu veräußern. Bis dahin sei man bemüht, die Nutzung der Halle zu erhalten.

**Frau Schulze** bittet darum, durch die Verwaltung rechtzeitig zu signalisieren, wenn sich etwas zuspitzen sollte.

Das wird vom KIS zugesagt.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage zur Turnhalle Kurfürstenstraße zur Kenntnis.**

**zu 4.9 Gebührensatzung der Musikschule der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 11/SVV/0123**

Oberbürgermeister, Musikschule

**Frau Lupuleak** teilt eine Tischvorlage zur Gebührensatzung der Musikschule aus und erläutert, dass diese Satzung neue Chancen und Möglichkeiten biete. So können die Nutzer zum Beispiel bereits drei Monate nach Teilnahmebeginn statt bisher nach sechs Monaten kündigen oder zwischen sieben statt bisher vier Unterrichtsformen wählen. Das MWFK setzte mit seinem neuen Förderprogramm „Musische Bildung für alle“ neue Maßstäbe, denen die Satzung bezüglich der Begabtenförderung und der studienvorbereitenden Ausbildung konsequent angepasst werden müsse, um die Fördervoraussetzungen zu erfüllen. Mit Einführung des Förderprogramms wurden Übergangsvorschriften erlassen, die für das Schuljahr 2010/11 greifen. Sollten im Sommer 2011 die Voraussetzungen nicht geschaffen werden können, würden jährlich 12.500,00 € für Begabtenförderung sowie studienvorbereitende Ausbildung verloren gehen. Um den Vorgaben des HSK gerecht zu werden, müssen in der Satzung die Voraussetzungen bezüglich des Gruppenunterrichts geschaffen werden. Künftig soll es vier verschiedene Möglichkeiten geben, zwischen denen der Nutzer wählen könne. Damit gebe es ein neues Gebührenmodell, das den Gruppenunterricht mit zwei und mehr Schülern überhaupt erst ermögliche. Die Gebühren für die Kurse bleiben vom Vorschlag unberührt. Es gebe auch weiterhin einen Ermäßigungsparagraphen. Durch die verschiedenen Preissegmente von 29,00 € bis 86,00 € sowie die Familien- und Sozialermäßigungen sei sichergestellt, dass keinem Kind der Besuch der

Musikschule verwehrt bleibe.

**Frau Dr. Orlowski** erkundigt sich, ob die Lehrkräfte nach Tarifvertrag entlohnt werden.

**Frau Lupuleak** informiert, dass die Musikschule 1/3 Honorarkräfte und 2/3 Festangestellte habe.

**Frau Schulze** fragt, ob die Satzung mit Lehrkräften und Eltern im Vorfeld diskutiert wurde.

**Frau Lupuleak** erläutert, dass man vorsichtig sein solle mit Eltern darüber zu sprechen. Sie wolle einer Beschlussfassung nicht vorgreifen.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass auch Eltern begreifen müssen, dass man nicht über sechs Jahre gleiche Gebühren erhalten könne. Sozialtarife für Bedürftige bleiben erhalten.

**Frau Schummel** fragt, wie Geringverdiener berücksichtigt werden und was mit Angeboten für Migrantenkinder gemeint sei. Sie möchte wissen, ob Migranten, die eine Befähigung haben, auch an der Musikschule unterrichten können.

**Frau Lupuleak** beantwortet die Fragen.

**Frau Engel-Fürstberger** hält die Erhöhung für angemessen.

**Herr Menzel** stellt den **Geschäftsordnungsantrag**: Ende der Diskussion.

**Herr Schröder** lässt die Vorlage abstimmen.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Gebührensatzung der Musikschule der Landeshauptstadt Potsdam zu beschließen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	3
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

**zu 4.10 Kommunal finanziert Lehrerersatzpool**

**Vorlage: 11/SVV/0118**

Fraktion FDP

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhält Frau Meinhold, Schulleiterin der Grundschule Hanna von Pestalozza, Rederecht.

**Frau Meinhold** schildert die Situation am Beispiel ihrer Schule und hält die Umsetzung des Antrages für ein hilfreiches Instrument für schnelle und kurzfristige Lösungen im Krankheitsfall von Lehrkräften.

**Herr Schröder** informiert, dass es einen haushaltsrelevanten Änderungsantrag

gibt.

**Herr Weiberlenn** erklärt, dass der Antrag nicht ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand umzusetzen sei.

**Frau Schulze** informiert, dass sie Kontakt mit Teltow und Kleinmachnow aufgenommen habe und nicht nur Positives von Eltern und Lehrkräften gehört habe. Sie fragt, ob eine Meinung der Verwaltung zu Umsetzung und Qualität eingeholt wurde.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass sie die Veranstaltung der FDP besucht habe, wo der Bürgermeister von Kleinmachnow positiv gesprochen habe. Für Potsdam sei es eine finanzielle Frage und es gebe Diskussionen, dass dieses Problem eigentlich vom Land gelöst werden müsse.

**Herr Menzel** verweist darauf, dass Kreiselternrat und Kreislehrerrat das Thema an das Land verwiesen haben. Er plädiere dafür, die Schulen so auszustatten, dass sie gute Qualität an pädagogischer Arbeit sicher stellen können. Die Umsetzung des Antrages sei der falsche Weg, weil die Kommune dann Landesaufgaben übernehme.

**Herr Schröder** meint, die Diskussion sollte nicht vertieft werden. Der FDP-Antrag DS 11/SVV/0118 liege vor und es gebe einen Änderungsantrag zur Haushaltssatzung.

**Frau Engel-Fürstberger** erklärt, der Antrag 11/SVV/0118 sei erledigt, wenn der haushaltsbegleitende Antrag beschlossen werde. Sie stellt den Antrag bis nach der Haushaltsberatung zurück.

**Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgestellt.**

#### **zu 4.11 Rechte von Kindern**

##### **Vorlage: 11/SVV/0129**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Da aus terminlichen Gründen kein Vertreter aus dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie an der Sitzung teilnehmen kann wurde Frau Neels vom Kinder- und Jugendbüro gebeten, an der Sitzung teilzunehmen und den Fachbereich zu vertreten.

**Frau Neels** informiert, dass das Kinder- und Jugendbüro die aktuelle Beteiligungsstruktur der Stadtverwaltung aktualisiert habe und in einem Bericht die wesentlichen Ergebnisse und Empfehlungen für einen Beteiligungsaufbau darlegt. Zusammen mit dem Fachbereich 35 habe man eine Umfrage gestartet, woran sich 40 Prozent der Verwaltungsbereiche beteiligt habe. Es bestehe der Wunsch, dass die Schüler am Verwaltungshandeln beteiligt werden.

**Herr Weiberlenn** führt aus, dass der Fachbereich Schule und Sport zu den Bereichen gehöre, die sich an der Umfrage beteiligt haben. Was Schulen betrifft sei kein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erforderlich. Dazu gebe es im Bericht eine falsche Darstellung. Das Schulgesetz sehe die Beteiligung der

Schulen bei Baumaßnahmen und Gestaltung von Außenanlagen vor. Die Schüler der Fontane-Oberschule, der Lenné-Gesamtschule u.a. seine bei der Planung der Außenanlagen beteiligt worden. Auch beim Sportplatz Hans-Sachs-Straße gab es eine Beteiligung.

**Frau Schulze** informiert, dass im Jugendhilfeausschuss über die Arbeit des Kinder- und Jugendbüros informiert worden sei. Eine Beteiligung bei Neubauten von Schulen sei nicht möglich, weil diese Schüler noch gar nicht da seien. So habe z. B. das Planungsbüro bei der Planung der Grundschule Pappelalle keine Schüler zu Rate ziehen können.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an, die Frau Neels beantwortet.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Verwaltungshandeln der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam zur Kenntnis.**

**zu 4.12 Schulsozialarbeiter**  
**Vorlage: 11/SVV/0122**

Fraktion DIE LINKE

**Frau Schulze** bringt den Antrag ein.

**Herr Weiberlenn** erklärt, dass die Federführung beim Fachbereich Kinder, Jugend und Familie liege. Er verliest die vorliegende Stellungnahme. Für das gesamte System Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam laufe zur Zeit eine Evaluation. Der Ergebnisbericht werde im Sommer 2011 vorliegen. Ein erneuter Schulsozialarbeit bezogener Beschluss sollte erst auf der Grundlage der Evaluationsergebnisse gefasst werden.

**Frau Dr. Orlowski** hat ein Problem damit, an jede Schule einen Schulsozialarbeiter zu schicken. Die Schulen sollten gefragt werden.

**Frau Schulze** stellt den Antrag bis zum Vorliegen des Evaluationsberichtes zurück.

**Der Antrag wird durch den Antragsteller zurückgestellt.**

**zu 4.13 Weiterführende Schule im Bornstedter Feld**  
**Vorlage: 11/SVV/0173**

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

**Herr Schröder** bittet Fragen zur Mitteilungsvorlage zu stellen.

**Frau Schulze** möchte wissen, wann der Workshop sein werde.



**Herr Weiberlenn** erklärt, dass die Beauftragung der Machbarkeitsstudie erfolgt sei. Der Workshop könne Ende April/Anfang Mai sein. Wie bei der AG-Schulentwicklungsplanung werde die Teilnahme eines Vertreters aus jeder Fraktion vorgeschlagen.

**Herr Menzel** schlägt vor, dass der Kreisschulbeirat mitarbeiten sollte.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage „Neubau einer weiterführenden Schule im Norden Potsdams gemäß Beschluss 10/SVV/0701“ zur Kenntnis.**

#### **zu 5      Mitteilungen der Verwaltung**

**Herr Schröder** bittet die Verwaltung um einen aktuellen Sachstand zur Grundschule am Priesterweg.

**Herr Weiberlenn** erklärt, dass ihn der gestrige Artikel in der Presse betroffen gemacht habe. Am 14.03.2011 habe eine Beratung der Verwaltung mit der Schulleitung stattgefunden. Das Protokoll liege vor. Man habe sich dazu verständigt, die 1. und 2. Klassen am Schulstandort in Containern und die 3. bis 6. Klassen am Schilfhof zu beschulen. Für die 3. und 4. Klassen werde ein Shuttleverkehr geplant. Die 5. und 6. Klassen sollen mit öffentlichen Verkehrsmitteln (VIP) fahren. Die Baumaßnahme werde womöglich erst im Oktober beginnen, weil eine europaweite Ausschreibung erfolgen müsse. Am 24.02.2011 sei Schulkonferenz.

#### **zu 6      Sonstiges**

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.